

DEUTSCHER BUNDESTAG

16. Wahlperiode

Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union

Berlin, den 26.02.2008

Tel.: 33308 (Sitzungssaal)
Fax: 36332 (Sitzungssaal)

Mitteilung

Achtung!
Abweichende Sitzungszeit!

Die 56. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union findet statt am:

Montag, dem 10.3.2008, 10:00 Uhr
Sitzungsort: Europasaal (PLH Saal 4.900)

Die Sitzung ist öffentlich!

Wegen der geringen Platzkapazitäten für Besucher ist eine Anmeldung im Ausschussesekretariat (email: europaausschuss@bundestag.de; Fax: 030/227-30171) unbedingt erforderlich!

Tagesordnung

Gespräch mit Sachverständigen zum Vertrag von Lissabon

Inhaltliche Strukturierung:

I. Grundlagen des Vertrages von Lissabon

- Eingangsstatements der Sachverständigen
- 1) Aufbau des Vertrages
 - Werte und Ziele der EU
 - Änderungsvertrag; Aufteilung in Vertrag über die Europäische Union/Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
 - Aufgabe der Pfeilerstruktur unter Beibehaltung besonderer Verfahren
 - Rechtspersönlichkeit der EU
 - Verankerung der Kopenhagener Beitrittskriterien
 - Austrittsmöglichkeit

- 2) Ausmaß der neuen Kompetenzen/Souveränitätsübertragung
 - Neue Vertragsänderungsverfahren, Beibehaltung der Konventsmethode
 - Neue Politikfelder im Mitentscheidungsverfahren, insbesondere horizontale Sozialklausel, Daseinsvorsorge (inklusive Protokoll), Grundrechtecharta, Klimaschutz, Energiepolitik
 - Kompetenzabgrenzung nationale Ebene/Ebene der EU, Möglichkeit der Rückverlagerung von Zuständigkeiten (Art. 48 EUV)
 - Vorrang des Gemeinschaftsrechts
 - Flexibilitätsklauseln
 - Ausübung hoheitlicher Gewalt durch Organe der EU/Staatlichkeit und Staatsstrukturprinzipien des Grundgesetzes

II. Institutionelle Reformen

- Eingangsstatements der Sachverständigen
- 1. Fragerunde: keine thematische Festlegung
- 2. Fragerunde:
 - 1) Europäischer Rat
 - Neuer Status als Organ = vollwertiges Entscheidungsgremium?
 - Rolle des Ratspräsidenten, insbesondere im Verhältnis zum Kommissionspräsidenten, Hohem Repräsentanten für die Außen- und Sicherheitspolitik und dem rotierenden Vorsitz in den Ratsformationen (außer RAA)
 - 2) Ministerrat: Abstimmungsmodus
 - Doppelte Mehrheit ab 2014 (55 % der Mitgliedstaaten, 65 % der Bevölkerung)
 - Möglichkeit der Anwendung des „Nizza“-Systems bis 2017
 - Modalitäten und Auswirkungen der sog. Joannina-Formel
- 3. Fragerunde:
 - 1) Erweiterte Kompetenzen für das Europäische Parlament
 - Ausdehnung des Mitentscheidungsverfahrens (96 neue Bereiche?)
 - Erweiterte Haushaltsbefugnisse
 - Beteiligung an der Wahl des Kommissionspräsidenten, Investitur der Kommission
 - 2) Rolle der nationalen Parlamente
 - Beteiligungsrechte im Primärrecht (Kontrolle von Europol, Eurojust, Information über Beitrittsanträge, Vetorecht bei Passerelle-Klausel)
 - Neuer Artikel über die Rolle der nationalen Parlamente
 - Informationsrechte gem. Protokoll Nr. 1
 - Subsidiaritätsprüfung gem. Protokoll Nr. 2/Subsidiaritätsklage
 - Konferenz der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente und des EP (COSAC)
- 4. Fragerunde:
 - 1) Kommission
 - Verkleinerung auf 2/3 der Zahl der Mitgliedstaaten ab 2014 (d.h. 18 Kommissare bei 27 Mitgliedstaaten) - Modalitäten der Auswahl ("strikt gleichberechtigte Rotation unter Berücksichtigung des geografischen und demografischen Spektrums")
 - Auswahl des Kommissionspräsidenten nach den Mehrheitsverhältnissen im Europäischen Parlament
 - 2) Andere Organe und Einrichtungen insbesondere EZB
- 5. Fragerunde: keine thematische Festlegung

Sachverständige:

- Prof. Dr. h.c. Jürgen Basedow, Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg
- Prof. Dr. Christian Calliess, Universität Göttingen
- Prof. Dr. Mathias Jopp, Institut für Europäische Politik e.V.
- Prof. Dr. Dr. Juliane Kokott, Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
- Dr. Andreas Maurer, Stiftung Wissenschaft und Politik
- Prof. Dr. Franz C. Mayer, Universität Bielefeld

Gunther Krichbaum, MdB

Vorsitzender